Natur-Demontage

WWF-Tirol Leiter Christoph Walder über den Rahmenplan und die Tiroler Grünen.

ECHO: Wie hält's der WWF eigentlich grundsätzlich mit der Wasserkraft?
Christoph Walder: Wir sind für Wasserkraft, der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern ist auch unser Ziel. Es geht aber um das Wo und Wie.
ECHO: Wie beurteilen Sie den Wasserwirtschaftlichen Rahmenplan der TIWAG?
Walder: Da wird missbräuchlich versucht, mit einem Instrument des Gewässerschutzes öffentliches Interesse für Kraftwerksprojekte zu bekommen. Die Genehmigung dieses Plans wäre absurd.
ECHO: Gibt es in diesem Rahmenplan Vorhaben, die der WWF unterstützt?
Walder: Das Kraftwerk Kaunertal geht gar nicht, Kühtai widerspricht dem Tiroler Naturschutzgesetz. Wir sind aber nicht gegen alle TIWAG-Vorhaben und sehen auch nicht bei allen unüberwindbare Hindernisse.

ECHO: Die Kritik der Umweltorganisationen an den Tiroler Grünen ist auffällig scharf. Woher kommt diese Schärfe?
Walder: Zwischen die Grünen und uns hat vor der Wahl kein Blatt Papier gepasst. Das hat sich geändert, obwohl uns nach wie vor Gegenteiliges versichert wird. Mit dem mit der ÖVP beschlossenen Maßnahmenpaket haben die Grünen wesentliche ökologische Positionen aufgegeben. In den letzten 30 Jahren hat sich in Österreich niemand mehr getraut, derart große Naturgebiete zu zerstören. Um einige TIWAG-Projekte zu ermöglichen, sollen sogar die Naturschutzgesetze demontiert werden. Man überschreitet hier klar eine rote Linie.

OSTTIROL Journal
1. Sonderausgabe: Nationalpark Hohe Tauern
Naturschutz gegen den Menschen!
Gilt das Selbstbestimmungsrecht auch für die Bewohner des nördlichen Osttirol oder nicht?
Betreten verboten!
Jagen verboten!
Campieren verboten!
Tourenskilauf und Klettern verboten?

Und täglich grüßt das Murmeltier: Im heroischen Abwehrkampf gegen „Natura 2000" werden bekannte Nationalpark-Polemiken (li.) neu aufgeführt. Schon 1971 unterzeichneten die Landeshauptleute von Kärnten, Salzburg und Tirol die „Heiligenbluter Vereinbarung (li.), bis Nationalparkdirektor Hermann Stotter (re.) die ersten Hinweistafeln präsentieren konnte, vergingen fast zwei Jahrzehnte.

auf Linie sind, bleibt ein koalitionäres Zerwürfnis unwahrscheinlich.

DÉJÀ-VU. Der Bezirk Lienz als dritter Schauplatz der neuen schwarz-grünen Politik, hat in einem von der Landesregierung hinterlassenen Informationsvakuum die Neuauflage eines sattsam bekannten Schauspiels hervorgebracht. Die Protagonisten sind zum Teil schon aus den Premierenvorstellungen bekannt, als es galt, Osttiroler Boden gegen aufoktroyierte Zumutungen zu verteidigen. Auch die gewählten Methoden – Panikmache und Desinformation – sind weitgehend dieselben geblieben. Was bereits einmal gefruchtet hat, wiederholt sich nun. War es einst der Nationalpark, der unter Generalverdacht stand und unter dieser Hypothek noch heute leidet, so ist es nun die seit Jahren bekannte und nun fällige Natura-2000-Nachnominierung der Isel und (wahrscheinlich) ihrer Zubringer. Wird nicht bald nominiert, droht Österreich ein EU-Vertragsverletzungsverfahren und in Folge Strafzahlungen in Millionenhöhe. An der Spitze einer Phalanx aus Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden marschiert Andreas Köll, Bürgermeister von Matrei in Osttirol, lange Jahre als VP-Abgeordneter im Landtag und als ÖAAB-Chef tätig. Köll, der für eine Stellungnahme nicht zu erreichen war, ist einer der großen Verlierer der letzten Landtagswahlen. Er wurde als ÖAAB-Chef von Beate Palfrader abgelöst, statt im Landtag sitzt er nun im realpolitisch völlig bedeutungslosen Bundesrat. Andreas Köll geht es im Grunde genommen hauptsächlich um Andreas Köll.

Die ÖVP dürfte zu Beginn von Kölls Anti-Natura 2000-Feldzug noch einigermaßen schadenfroh auf die glücklos agierende, im Kreuzfeuer der Kritik stehende Ingrid Felipe geschaut haben. Das hat sich mittlerweile fundamental geändert. Köll ist nun auch für die eigene Partei zum Problem geworden. „Das Land hat das Störpotenzial des Andreas Köll offenbar völlig unterschätzt", urteilt Wolfgang Retter, szenekundiger Osttiroler Umweltschützer und damit Natura-2000-Befürworter. Die Köll'sche Inszenierung überhaupt erst möglich gemacht haben jedoch die zuständigen Stellen im Land. Der Informationsprozess im Zuge der notwendigen Natura-2000-Nachnominierung sei „unter aller Kritik" gewesen, sagt Retter. Und das ist noch eine der feineren Formulierungen, mit der Ingrid Felipes Informationspolitik im Bezirk von Natura-2000-Kritikern wie Befürwortern bedacht wurde. Köll und einige andere Bürgermeister, darunter jene von Prägraten und Virgen, sprechen sich vehement für eine abschnittsweise Schutzgebietsausweisung aus. Argumentiert wird mit einem Gutachten, wonach das Schutzgut „Deutsche Tamariske" etwa an der Oberen Isel und am Tauernbach gar nicht vorkommt. Mit dieser

Fotos: Kröll (2), Nationalpark Hohe Tauern (2), Retter (2),

An der Oberen Isel (li.) soll – wenn es nach den Anrainergemeinden geht – ein Ausleitungskraftwerk entstehen. Die Tamariske (Mitte, re.) muss einstweilen als Feigenblatt herhalten

Art der Beweisführung kann Wolfgang Retter nichts anfangen. Er habe sehr wohl an mehreren Standorten junge Tamarisken gefunden und diese Funde auch fotografisch dokumentiert. Wenig später sind die Tamarisken unter mysteriösen Umständen verschwunden. Eine weitreichende Ausweisung der Isel und ihrer Zubringer als Natura-2000-Schutzgebiet würde für die Kraftwerkspläne, die Andreas Köll am Tauernbach und Dietmar Ruggenthaler (Virgen) und Anton Steiner (Prägraten am Großvenediger) an der Oberen Isel hegen, wohl das endgültige Aus bedeuten. „Natura-2000-Gebiete bleiben von oberirdischen Kraftwerksbauten jedenfalls unberührt", heißt es dazu im Koalitionsübereinkommen kurz und knackig. Der EU im Zuge der Nachnominierung ein X für ein U vormachen zu können, ist jedenfalls unrealistisch. Wie ECHO aus mehreren unabhängigen Quellen erfuhr, kennt EU-Chefverhandler Frank Vassen das für Natura 2000 in Frage kommende Gebiet aus eigener Erfahrung sehr genau. „Wenn die Steine schwimmen, versinken die Blätter", lautet ein japanischer Aphorismus, der die Situation im durch selektive Falschinformation vergifteten Osttiroler Klima treffend beschreibt. Wer die Schauergeschichte von Natura 2000 nur oft genug wiederholt, schafft Ressentiments, denen mit Fakten nur schwer beizukommen ist. Es ist überaus plausibel, warum der Virger Bürgermeister wiederholt die Frage stellt, was man denn an der Oberen Isel schützen solle, weil man kein Schutzgut gefunden habe. Ruggenthaler und Steiner haben sich mit ihrem Wunschprojekt „Wasserkraft Obere Isel" in eine ausweglose Situation manövriert. Das Projekt ist selbst nach dem Kriterienkatalog Wasserkraft des Landes Tirol „nicht zur Weiterverfolgung empfohlen" und würde höchstwahrscheinlich schon an den bestehenden Gesetzen scheitern und nicht erst an Natura 2000. Die hochgradige Nervosität der Virgentaler Bürgermeister ist insofern nachvollziehbar und durchaus angebracht, als man sich dem Projektentwickler INFRA mit Haut und Haaren ausgeliefert hat. In der ECHO exklusiv vorliegenden Rahmenvereinbarung für die Übernahme und Aufteilung der Gesellschaftsanteile an der Wasserkraft Obere Isel GmbH, die eine explizite Verschwiegenheitsverpflichtung beinhaltet, heißt es unter anderem: „Sie (die Gemeinden, Anm.) werden durch ihre Organe sowohl auf Gemeindeebene als auch auf Landesebene ihren Einfluss so wahrnehmen, dass sowohl die Projektakzeptanz sowie eine rasche Projektrealisierung bestmöglich gefördert werden." Außerdem haben sich die Gemeinden dazu verpflichtet, neben der Stammeinlage von je 50.000 Euro, auch die Vorkosten anteilig zu übernehmen. In der ECHO ebenfalls vorliegenden Überbindungsvereinbarung werden diese Leistungen mit Stichtag 31. 12. 2012 mit 625.081,61 Euro beziffert. Höchst interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Posten über rund 14.000 Euro mit dem Titel „Tamariskengutachten", welches von der eb&p Umweltbüro GmbH erstellt wurde. Die Rechnungslegung erfolgte bereits am 4. 12. 2012. Dasselbe Unternehmen wurde vom Planungsverband 34, bestehend aus Matrei, dem Virgen- und Defereggental sowie Kals am Großglockner, mit jenem Gutachten beauftragt, auf welches sich Andreas Köll in seiner Argumentation stützt. Damit die Bürgermeister nicht plötzlich auf „grüne" Gedanken kommen, findet sich in der Rahmenvereinbarung auch ein Wettbewerbsverbot, mit dem sich die Gemeinden verpflichtet haben, „mit dem Gegenstand der Projektgesellschaft konkurrierende Tätigkeiten zu unterlassen, die Erreichung des Gesellschaftszwecks zu fördern und nicht zu gefährden". Diese Vorgänge erklären, warum sich die Bürgermeister als Lakaien konsequent die Interessen ihrer Gemeinden zugunsten jener eines privatwirtschaftlichen Unternehmens hintanstellen und derart verzweifelt ein totes Pferd reiten.

„Die Größe des Schutzgebiets ist die falsche Frage. Wichtiger ist der Managementplan."

Christoph Walder, WWF Tirol

FAZIT. Die Identität, das Selbstverständnis und nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit der Tiroler Grünen stehen durch politisches Taktieren, die Aussendung mehrdeutiger Botschaften und der in ökologisch brisanten Fragen zu geringen Distanz zur ÖVP auf dem Spiel. Um nicht gänzlich ihr Gesicht zu verlieren, brauchen die Grünen die Unversehrtheit der Kalkkögel. Alles andere ist verhandelbar. Die politische Show nimmt ihren Lauf, der Wähler als Stimmvieh darf sich zurücklehnen und auf weitere Schachzüge der Parteistrategen in der Politinszenierung „Verlässlich handeln - neu denken" warten.

Marian Kröll

TAMARISKEN UND KÄSEGLOCKEN

Die Deutsche Tamariske (Myricaria germanica) steht im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen, obwohl es im Grunde genommen um die wasserwirtschaftliche Nutzung der Isel und ihrer Zubringer geht. Schon im Mai 2013 mahnt die EU-Kommission Österreich wegen seines unvollständigen Natura-2000-Netzwerks und leitet ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Um die Tamarisken ist mittlerweile ein Gelehrten- und Gutachterstreit entbrannt, in dem es nur über parzellenscharfe Zonierungen, Kernhabitate, Metapopulationen und Tamariskengenetik geht, statt um die Ausarbeitung eines für die Bevölkerung mittragbaren Managementplans. Die naturschutzfachliche Sinnhaftigkeit der von den Bürgermeistern forcierten abschnittsweisen Ausweisung ist zudem äußerst zweifelhaft.